

In Berlin kommt eine Bürgerbewegung gegen die Diskriminierung des
Religionsunterrichts in Gang

Bildung ohne Weihnacht?

Von Gerd Held

Am heutigen Heiligabend werden viele Menschen in den Kirchen sein. Sie werden der Weihnachtsgeschichte aus der Bibel zuhören, sie werden die Lieder und Lichter aufnehmen und die Worte des Vater Unser mitsprechen. Unter den Menschen wird es viele geben, die das eigentlich nicht gewohnt sind und etwas unbeholfen die Hände falten. Diese schlichte Scheu ist der Weihnacht sehr angemessen. Sie passt zu Gottes Ankunft an diesem Abend besser als eine donnernde Glaubensgewissheit oder ein demonstratives Niederfallen in den Staub. Die heilige Nacht ist eine stille Nacht. Gerade in den etwas unbeholfenen Gesten wird Religion gelebt – öffentlich mitten in unseren Städten. Ohne diesen Heiligabend wäre unser Land ärmer und hätte weniger Vertrauen. Man stelle sich nun vor, aus den deutschen Schulen würde die Religion verbannt. Es gäbe keinen Religionsunterricht mehr, sondern es würde nur noch allgemein über die Religionen berichtet. Dort wäre Gott nur noch eine völkerkundliche Größe. „Es gibt Leute, die glauben an diesen oder jenen Gott“, würde es heißen. Damit würde man alle existenziellen Fragen ausschließen. Man würde den Schülern die Möglichkeit nehmen, durch Lehrer gelebte Religion zu erfahren und mitzumachen. Es wäre so, also sollte man das Schwimmen dadurch lernen, dass man sich über das Schwimmen „informiert“ – bei strengem Verbot, das Ufer zu verlassen und ins Wasser zu springen. Wo Religion so auf den Seziertisch gelegt wird, nehmen Glaube, Liebe und Hoffnung Schaden. Die Kraft, in diesem Leben Bindungen einzugehen, kann sich nicht entwickeln. Wie sollen die jungen Leute sich auf einen bestimmten Berufsweg festlegen, wenn nur noch „auf Sicht“ gesteuert werden darf?

Wie sollen sie einen Baum an in ihrer Straße hüten, wenn sie ihn nicht als Schöpfung wahrnehmen können? Wie sollen sie einen anderen Menschen lieben können, wenn alles multikulturell relativ ist? Wo Gott aus der Bildung entfernt wird, wird es um den Menschen herum leer. Es wächst dann die Neigung zur Selbstermächtigung, zur Suche nach geschichtsmächtigen Führern, Parteien oder Popstars. Demgegenüber war es sehr bedeutsam, dass unser Grundgesetz das Recht aller Schüler auf Religionsunterricht festlegte.

Nun gibt es aber mitten in diesem Land eine Diskriminierung des Religionsunterrichts. Ausgerechnet in Berlin, der deutschen Hauptstadt, hat man Religion durch ein neues Pflichtfach „Ethik“, das weltanschaulich und religiös „neutral“ sein soll, ersetzt. Religionsunterricht ist nur noch ein Zusatzangebot. Es ist gewissermaßen zur Privatsache in der Schule degradiert worden. Das ist das Werk der rot-roten Koalition in Berlin und es ist tatsächlich ein Stück kultureller Einheitsfrontpolitik. Vorher hatte es im Westen der Stadt Religionsunterricht gegeben, im Osten waren alle religiösen Bezüge entfernt worden. Es wäre denkbar gewesen, diese beiden Bildungstraditionen in einem gleichberechtigten Nebeneinander von Ethik- und Religionsunterricht aufzunehmen. Aber die SPD hat mit dem Schuljahr 2006/2007 einseitig den Ostweg gewählt. Für die Leser dieser Zeitung in anderen Bundesländern mag das kaum glaublich klingen. Man stelle sich vor, die SPD würde ähnliches in Nordrhein-Westfalen versuchen. Ihr würde eine Welle des Protests wegen massiver Bildungsmanipulation entgegenschlagen. In Berlin jedoch regiert ein Argument, das an Orwell erinnert: Der Religionsunterricht würde einseitige Bindungen fördern und

damit die Integration gefährden. Demnach kann Integration nur dort stattfinden, wo am Schultor alle tieferen Überzeugungen abgegeben werden – die Aufgabe der Anerkennung eines wirklich Anderen käme gar nicht mehr vor. Die Schüler wären einem Hütchenspiel der Einheitspartei des Sozialen ausgeliefert.

Gegen diese Einschränkung der Bildungsfreiheit regt sich nun Widerstand. Eine Initiative „Pro Reli“ sammelt Unterschriften für ein Volksbegehren. Die Position der Initiative ist bescheiden. Sie will nicht ihrerseits allen Schülern das Fach

Religion auferlegen, sondern sie plädiert für eine Gleichberechtigung beider Optionen: Religionsunterricht oder Ethikunterricht. Die Schüler sollen wählen können. 135000 Unterschriften hat Pro Reli bisher gesammelt. Das erscheint wenig, aber es ist angesichts der Berliner Verhältnisse beträchtlich. Die Religion muss sich ihren Platz in dieser Stadt erst wieder erarbeiten. Das ist kein Grund zum Verzagen, sondern eine durchaus christliche Ausgangslage. Warum sollte man da nicht mittun? Die Unterschriftenlisten liegen auch an diesem Heiligabend aus.

(Manuskript vom 23.12.2008, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ am 24.12.2008 unter der Überschrift „Bildung ohne Religion?“)